

# Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 6.— Mk., vierteljährlich 18.— Mk.  
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung  
••••• der Freien Stadt Danzig •••••  
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Abonnementpreise: Die 8-spaltige Zeile 1,50 Mk. von Nummer 1.— bis 24. Nummermarkt. Wohnungsanzeigen nach bel. Tarif, die 3-spaltigen Anzeigen 6.— bis von Nummer 6.— bis 24. Bei Wiederholung Rabatt. Anzeigen im Jahr 9 Mk. — Postgebühren Danzig 25 Pf. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Nr. 172

Dienstag, den 28. Juli 1921

12. Jahrgang

## England bricht den französischen Widerstand.

### Baldiger Zusammentritt des Obersten Rates.

London, 25. Juli. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ schreibt: Der französische Botschafter hatte mit Lord Curzon heute nachmittag eine ungewöhnlich lange Besprechung. Er erneuerte Brlands Ersuchen um Ernennung britischer Mitglieder zu dem Sachverständigenausschuß und zur Entsendung britischer Truppen nach Oberschlesien. Französische Truppen würden auf jeden Fall abgehen. Lord Curzon wies darauf hin, daß keine Truppen abgehen sollten, bevor der Oberste Rat dieses Verfahren gebilligt habe. Er drängt nochmals auf Zusammentritt des Obersten Rates Anfang August. Trotz der Bestrebungen beider Regierungen, einen höflichen und freundlichen Meinungsaustausch zu unterhalten, blieben die grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten unverändert. Ein diplomatischer Korrespondent der „Sunday Times“ schreibt: Die Haltung der französischen Befehlstruppen in Oberschlesien sei durchaus provozierend. Die Entsendung weiterer Truppen würde die Lage verschlimmern, neue Unruhen in Oberschlesien würden wahrscheinlich den Sturz der deutschen Regierung herbeiführen. Wenn Truppen gesandt würden, dann müssen ebenso englische wie französische Truppen geschickt werden.

Paris, 25. Juli. Wie „Petit Parisien“ mitteilt, hat die französische Regierung dem französischen Botschafter in London neue Instruktionen erteilt. Im Laufe des Sonntags hat der Generalsekretär Berthelot zweimal den Besuch des englischen Geschäftsträgers Cheetham empfangen. Das Blatt glaubt, daß über die Frage der nach Oberschlesien zu entsendenden Verstärkungen gesprochen wurde, da die Frage durch die deutsche Note eine neue Wendung genommen habe. Der französische Botschafter habe jedenfalls nochmals darauf gedrungen, die englische Regierung möge ihre Zustimmung zur Entsendung von Truppenverstärkungen geben. Nach „Petit Parisien“ soll gestern vormittag am Quai d'Orsay eine englisch-italienische Mitteilung aus Oppeln eingetroffen sein, die vorschlägt, vor jener Entscheidung des Obersten Rates über die oberschlesische Frage den Deutschen und den Polen die Bezirke zu übertragen, die ihnen unter allen Umständen zugesprochen würden: Den Polen die Bezirke von Pleß und Rybnik, den Deutschen die nördlichen und östlichen Bezirke des Abstimmungsgebiets Rosenberg, Oppeln, Kreuzburg und Leobschütz.

London, 25. Juli. (Reuter.) Es trifft nicht zu, daß die britische Regierung an die französische Regierung eine Note gerichtet habe, in der sie der Entsendung französischer Truppen nach Oberschlesien unter Vorbehalt zustimmt. Nach der Anschauung der britischen Regierung sind bei unmittelbarer Entscheidung keinerlei weitere Truppenentsendungen nötig. Die britische Regierung will der französischen Regierung in allen Punkten des einzuschlagenden Verfahrens unter der Voraussetzung entgegenkommen, daß die sofortige Entscheidung nicht länger hinausgeschoben wird. Es liegt der britischen Regierung daran, daß der Oberste Rat etwa am 28. Juli zusammentritt, aber sie ist bereit, einem Aufschub von wenigen Tagen zuzustimmen. Eine Verschiebung der Zusammenkunft bis Ende August nehme jede Aussicht auf eine erfolgreiche Entscheidung.

Paris, 25. Juli. Der „Temps“ schreibt in seinem heutigen Leitartikel: Die französische Regierung sei damit einverstanden, daß der Oberste Rat am 4. August zusammentrete, um die oberschlesische Frage zu prüfen.

### Die Gefahr eines vierten Polenaufstandes.

Katibor, 25. Juli. In Dzierkowitz kam es heute abend zwischen Deutschen und Polen zu lebhaften Schießereien. In Mirawa wurde ein Eisenbahnzug angehalten, weil gemeldet wurde, daß Dzierkowitz von bewaffneten Insurgenten besetzt sei. Die Gleise am Bahnhof wurden durch Wagons gesperrt. Erst nach anderthalbstündigem Aufenthalt konnte die Weiterfahrt erfolgen. Zwischen Dzierkowitz und Mirawa war die Strecke von stark bewaffneten Polen besetzt. Ungefähr einen Kilometer von Dzierkowitz mußte der Zug abermals halten, da die Strecke und der Bahnhof in Dzierkowitz von Polen besetzt waren. Die Strecke hinter Dzierkowitz bis Katibor-Hammer war ebenfalls von Polen besetzt worden. Polnische Ortswehr hatte heute nacht die deutsche Brückenwache bei Butau im südlichen Kreise Katibor unter beständigem Geschützfeuer genommen. Diese polnische Ortswehr besteht aus 80 Mann, die gut ausgerüstet sind und u. a. auch Maschinengewehre besitzen.

Wie die Blätter aus Oberschlesien melden, ist infolge des Zusammenstoßes zwischen deutschen Eisenbahnern und polnischen Insurgenten, die bei Dzierkowitz den D-Zug Breslau-Katibor beschossen hatten, in den Rybniker Gruben der Generalkrieg ausgerufen worden. Im Kreise Rybnik sammeln sich große Scharen polnischer Insurgenten. Große Waffentransporte aus dem Kreise Rybnik in die Grenzbezirke des Kreises Katibor werden von allen Seiten gemeldet und bestätigt. In Neudorff werden drei Panzerzüge mit 16,5 Zentimeter-Geschützen von den Franzosen für die Polen ausgerüstet. Die Blätter erbittern in all diesen Vorkommnissen Anzeichen für das unmittelbare Beworfen eines vierten Polenaufstandes.

Wie der „Sozialanzeiger“ aus Gleiwitz meldet, soll es hart zwischen Franzosen und Italienern zu schweren Auseinandersetzungen gekommen sein. Die Italiener seien mit Waffen gegen die Franzosen und Polen vorgegangen. Ein Pole wurde getötet, mehrere Franzosen durch Kolbenschläge schwer verletzt. In Herzoglich Zambach im Kreise Ratibor wurde ein mit Handgranaten ausgerüsteter Insurgent festgenommen, der eingestanden, den Befehl erhalten zu haben, die italienische Wache in die Luft zu sprengen.

Die Blätter melden weitere polnische Angriffe auf Ortschaften im nördlichen Oberschlesien. So wurde gestern Kosteletz im Kreise Rosenberg von polnischen Insurgenten überfallen. Die Polen steckten eine Mühle in Brand.

Gleiwitz, 25. Juli. Die Vertreter der oberschlesischen Bergwerke und Hütten haben nachstehendes Telegramm an die Interalliierte Kommission geschickt: Die Leiter sämtlicher oberschlesischer Berg- und Hüttenwerke weisen darauf hin, daß trotz Liquidierung des Aufstandes noch immer mehrere tausend bewaffnete Insurgenten auf den Bergen und Bahnhöfen herrschenden Terror verhindern werden, ihrer Beschäftigung nachzugehen. Die Verwaltungen bitten dringend, die zur Beseitigung des Terrors auf den Bergen und Bahnhöfen erforderlichen Sicherheiten anzuordnen.

Gleiwitz, 25. Juli. Die Franzosen haben das deutsche Plebiszitarkommissariat, das sie vor etwa achten Tagen nach einer Durchsuchung verhaftet hatten, wieder freigegeben. Sie haben sämtliche Urkunden, besonders die Urschriften der Protokolle, mit sich genommen.

Katibor, 25. Juli. Die Deutschen in Rauben haben heute mittag telegraphisch den Kreiskontrollleur von Ratibor dringend um sofortige Hilfe gegen die polnischen Gewalttätigkeiten angerufen.

### Englische Kritik an den hinterhältigen Absichten der Franzosen.

London, 25. Juli. Am Leitartikel der „Sunday Times“ heißt es: Die vom Quai d'Orsay inspirierten Blätter klagen die Deutschen der Böswilligkeit an, aber die Tatsachen sprächen eine andere Sprache. Bisher seien die Polen die Angreifer gewesen. Es wäre Selbstmord für die Deutschen, wenn sie einen Aufruhr herbeizurufen und sich dadurch ihres Rechtes auf eine geordnete Lösung des oberschlesischen Problems berauben wollten, sowie den von den Franzosen gewünschten Vorwand zum Einmarsch ins Ruhrgebiet geben würden. Unglücklicherweise hätten die Franzosen bei dem Versuch der Polen, ein „fait accompli“ zu schaffen, nichts unternommen, um den Aufruhr zu unterdrücken, sondern die Angreifer stillschweigend ermutigt. Es sei nicht unwahrscheinlich, daß die Ankunft französischer Verstärkungen (Großbritannien könne keine schicken und Italien werde zögern, zuzulassen, daß seine Mannschaften wieder niedergemetzelt würden) dazu dienen würden, die polnischen Heißsporne zu neuen Versuchen zu ermutigen.

London, 25. Juli. Im Unterhause wurde von Regierungsseite mitgeteilt, die gegenwärtige Stärke der englischen Truppen in Oberschlesien betrage 4400 Mann. Die Franzosen hätten dort eine stärkere und die Italiener eine geringere Truppenmacht.

London, 25. Juli. In einem Leitartikel hebt „Westminster Gazette“ die Gründe hervor, die eine schnelle Lösung des oberschlesischen Problems erfordern. Die Franzosen müßten begreifen, daß es wirklich nicht Englands Schuld sei, wenn die allierte Diplomatie, so wie es während der letzten Wochen der Fall gewesen, den Deutschen Gelegenheit gebe, äußerst unangenehme Fragen zu stellen. Das Blatt weist auf die in Rußland drohende Katastrophe hin und sagt: Dieses ungeheure Elend zu verhindern, sei sowohl eine politische Notwendigkeit als auch eine Pflicht der Menschlichkeit, und es werde sicher ein gemeinsames Zusammenwirken erfordern, bei dem Engländer, Franzosen, Deutsche und Polen ihre Differenzen schon im eigenen Interesse beiseitezustellen müßten.

### Deutsche Hilfe für Rußland.

Es darf mit großer Genugtuung aufgenommen werden, daß Deutschland allen seinen Bürgern voran den Hilferuf des hungernden Sowjetrußland mit der Erklärung beantwortet hat, es sei bereit, nach Kräften zu helfen. Deutschland kann keine Lebensmittel schicken, aber andere Dinge, die Rußland dringend braucht, wie Arzneimittel und ärztliche Instrumente. Es könnte vielleicht mit geringen Mitteln noch mehr leisten, wenn es Kräfte und erfahrene Organisationsleute schickte, die in Unterstützung der dort gebildeten Organisationen das Hilfswort so wirkungsvoll wie möglich zu gestalten.

Es ist ein interessantes Zeichen der in Rußland beginnenden Wandlung, daß in Moskau ein Hilfskomitee gebildet werden konnte, das neben bekannten bolschewistischen Führern auch menschewistische und noch weiter rechts stehende Politiker umfaßt. Der Zusammensetzung dieses Komitees entspricht ja auch die Tatsache, daß sich die bolschewistische Regierung in ihrer großen Not ungeschämt an die Regierungen bürgerlicher Staaten hilfesuchend gewandt hat.

Die entschiedene Stellungnahme der deutschen Regierung in dieser Frage ist vielleicht nicht zum mindesten auch auf den Wunsch zurückzuführen, daß im gegenwärtigen Kabinett Sozialdemokraten sitzen, und daß sich die sozialdemokratische Presse mit den bekannten Gründen sofort für die Unterstützung des Hilfsworts durch Deutschland eingesetzt hat. Die kommunistische Presse zeigt sich über diese Vorgänge einigermaßen erstaunt und beweielt damit aufs neue, daß sie in einer Welt nicht der Wirklichkeit, sondern ihrer eigenen Phantasien lebt. Sie hat ihren Lesern so oft erzählt, daß die deutschen Sozialdemokraten an nichts anderes als an die Vernichtung der russischen Sowjetmacht denken, bis sie dieses Märchen selber geglaubt hat. Und noch jetzt glaubt die „Rote Fahne“ dem „Vorwärts“ ein Kollek darüber lesen zu dürfen, daß er durch seine Kritik an russischen Bolschewismus die Arbeit derjenigen unterstützt habe, die den gewalttätigen Umsturz in Rußland wollen. Die „Rote Fahne“ hält also jede Kritik an russischen Regierungsmethoden und russischen Zuständen — um mehr hat es sich für die deutsche sozialdemokratische Presse niemals gehandelt — für eine feindselige Handlungsweise gegen die russische Regierung und für eine Vorbereitung des gewalttätigen Umsturzes. Der kommunistischen Presse in Deutschland ging es sehr schlecht, wenn sie, die sich in der Kritik deutscher Zustände doch maßgebend keine Zurückhaltung auferlegt, nach denselben Maßstäben gemessen würde.

Die Kritik an den russischen Zuständen ist aber in der sozialdemokratischen Presse auch nicht bloß geübt worden aus Lust an Kritik, sondern sie war notwendig, wenn die deutsche Arbeiterklasse die Wahrheit erfahren und von Versuchen abgehalten werden sollte, die Entwicklung Deutschlands in russische Bahnen zu zwingen. Man darf doch keinen Augenblick vergessen, daß das offizielle Rußland und seine westeuropäischen Propheten gegen die deutsche Sozialdemokratie stets als Angreifer aufgetreten sind, und daß die Kritik an dem uns so häßlich empfohlenen russischen Vorbilde nichts anderes als ein Art notwendiger Abwehr war. Hätte man vorherhin Einigkeit darüber bestanden, daß das, was möglich wäre für Rußland taugt, für die ganz anders gearteten übrigen Länder Europas nicht taugt, und daß es ein Unheil und ein Unfug ist, westeuropäisches Leben in russische Formen pressen zu wollen, dann hätte die deutsche Sozialdemokratie viel weniger Ursache gehabt, sich mit den inneren Verhältnissen Rußlands des näheren zu befassen, sie hätte sich auf den Standpunkt beschränken dürfen, zu erklären, daß sich nicht eines für alle schickt, und daß die Methoden Lenins nicht die ihren sind. Es war gerade der deutsche Kommunismus, der durch seine wütenden Angriffe eine solche zurückhaltende Politik der Sozialdemokratie unmöglich machte.

Wir dürfen ein wenig stolz darauf sein, daß Deutschland, nach einem verlorenen Kriege selber in schwerer Not, noch immer instande ist, set es auch in beschriebenen Grängen ändern zu helfen. Deutschland würde dazu nicht instande sein, und der Ruf Rußlands nach Hilfe würde ungehört verhallen, wenn die deutschen Kommunisten ihr Ziel erreicht hätten. Dann befände sich Deutschland in diesem Augenblick in einer solchen Desorganisation seines wirtschaftlichen Lebens, daß es nicht instande wäre, auch nur einen Finger zu rühren.

Ob die Anwendung kommunistischer Methoden nach jahrzehntelang fortgesetzter Konsequenz der Menschheit Heil bringen würde, das wird eine ewig ungelöste Frage bleiben. Denn Rußland hat nach dreieinhalb Jahren, deren Ergebnisse grauenhaft waren, seinen ursprünglichen Weg verlassen und läuft nun, daß die Anwendung dieser Methoden den Bürgern zunächst nur vor, ärgstes Elend bringt, geben die Kommunisten selbst zu. Mit der Weltrevolution hätte Sowjetrußland nicht das Glück und das Wohlergehen aller

sondern den Hunger über die ganze Welt getragen. Es laßt wahrlich, Bisse mit Gütern vergelten, wenn Deutschland jetzt bereit ist, zur Bekämpfung der russischen Hungersnot alles, was in seinen Kräften steht, zu tun.

Wir begen nur den Wunsch, daß der Bolschewismus aus dieser Krise, falls er sie mit europäischer Hilfe übersteht, etwas geläutert hervorgehen möge, etwas weniger selbstischer in seiner Unerbittlichkeit; etwas weniger angriffsunfähig gegen die europäische Arbeiterbewegung, etwas weniger interventionistisch in den inneren deutschen Angelegenheiten. Dann wird sich auch die Möglichkeit eines Nebeneinanderarbeitens ergeben, das beiden Teilen zum Besten dienen wird.

## Die Ausdehnung der Hungerkatastrophe in Sowjetrußland

Das Russische Zentralerziehungskomitee hat eine „außerordentliche Kommission“ zur Hilfeleistung an die von der Hungersnot betroffene Bevölkerung gebildet. An der Spitze der Kommission steht der Vorsitzende des Moskauer Sowjets Samsonow, der zurzeit Verhandlungen mit hervorragenden Persönlichkeiten des früheren öffentlichen Lebens und mit Vertretern der russischen Schriftstellerwelt führt. Kommen ist bereit, die Anregungen dieser Vertrauensmänner in möglichst enger Zusammenarbeit, um eine gemeinsame Rettungsaktion in großem Stil zu ermöglichen.

Das Mitglied des Russischen Zentralerziehungskomitees Kallinin bezeichnet in dem Bericht von seiner Dienstreife durch Rußland die Ernstaussichten in den Gouvernements Wlajka, Perm, Seltzerinburg als befriedigend, während sonst im Gebiet der Kama, ferner der Wolga, des Don und im Nordkaukasus die gesamte Ernte zugrunde gegangen sei. Was die Ukraine betrifft, so sind von der obigen Mitherrn die Gouvernements Alexandrow, Seltzerinostaw, Poltawa, Kremenetschuk, Nikolajew und Odesa betroffen worden, während in Chertow und Tschernigow eine schwache, in Kiew, Kopolien und Wolhynien eine mittlere Ernte erwartet wird. — Wie aus Kasan gemeldet wird, sieht die deutsche Kolonisten in Rußland nach anderen Gebieten über, da keine Winterfrucht im Wolgaregion vorhanden ist. — Im Kuban-Gebiet und in den Schwarzmeer-Gouvernements bedrohen Heuschrecken- und Hefferslegen die letzten Reste der Landwirtschaft. Es ist dort ein besonderer Stab zur Bekämpfung der Schädlinge organisiert worden unter Hinzuziehung von Abteilungen der Roten Armee.

## Die Furcht vor dem Hunger in Petersburg.

O. C. Im Zusammenhang mit der Erhöhung der Eisenbahntarife sind auch die Lebensmittelpreise gestiegen: so kostet ein Pfund (= 400 Gramm) Brot in Petersburg gegenwärtig etwa 5000 Rubel. Die Bevölkerung sieht der wachsenden Hungersnot mit Sorge entgegen und hofft, durch die Meldungen der Sowjetpresse veranlaßt, auf das baldige Eintreffen der ausländischen Konzeptionäre. Man meint, daß die Ausländer Lebensmittel mitbringen und die Ernährung der Arbeiter der von ihnen gepachteten Betriebe übernehmen werden. Die Sowjetregierung erklärt eine Verordnung, die einen weiteren Anstieg der Preise zu verhindern den Hungergegenden nach Moskau unterlag. Bei der schnellen Flucht aus den Hungersgouvernements herrscht nach wie vor Panik. Die außerordentliche Kommission hat besondere Anordnungen zur Aufrechterhaltung der Ordnung abkommandiert, da die Eisenbahnwagen von den Flüchtlingen im Sturz genommen werden. Nachdem die Sowjetregierung

## Der neue Manchesterismus.

In der Zeit, als es galt, der beginnenden Industrie Raum im wirtschaftlichen Kosmos zu verschaffen und die junge Bilanz aus den Hemmnissen der feudalen Gebundenheit, in welchen sie verstrickt war, zu befreien, lag gleichsam Luft zuguführen, entstand das Schlagwort für die Förderung der aufstrebenden Elemente.

Der Staat soll sich der Einmischung in die wirtschaftlichen sowohl wie die anderen Angelegenheiten der Staatsbürger enthalten. Warenverkehrfreiheit in allen Lebensverhältnissen war die Forderung. Die englische Stadt Manchester war der geistige Mittelpunkt für diese Bewegung, welche über den Freihandel hinaus den Gedanken der Ungebundenheit durch den Staat vertrat. Es war eine historische Entwicklung, und so bedeutete das angeführte Schlagwort gleichzeitig auch eine Idee — historische Neuerungen sind immer von einer neuen Idee getragen — und hinter der Forderung der Ungebundenheit verdeckte sich das neue Lebensgefühl der in der Gesellschaft neu auftretenden Elemente, die sich Geltung verschaffen wollten.

Wir erleben in diesen Tagen die Wiedergeburt dieses Gedankens, einen neuen Manchesterismus. Auf nationalen und internationalen Kongressen, Sitzungen von Interessengruppen usw. ertönt jetzt wiederum der Ruf: Keine Intervention des Staates! Und es handelt sich nicht nur um die Abschaffung und Erhebung der im Krieg entstandenen zentralen Organisationen, sondern auf allen Gebieten der wirtschaftlichen Betätigung, in Fragen der Produktion, des Handels und Finanzwesens, der Arbeiterpolitik wird die Enthaltung des Staates als leitender Grundsatz der Forderungen hingestellt. Die wirtschaftlichen Berichte aus allen Ländern sind voll von Relationen solcher Art und in der Presse der ganzen Welt wird dafür Stimmung gemacht.

Der erste Umstand, der dem Beobachter sofort auffällt, ist, daß diesmal die Forderung gegen die Intervention des Staates nicht wie damals von einer neu auftretenden Klasse, der industriellen, sondern gleichzeitig von den Vertretern des Industrie- und Finanzkapitalismus, wie vom Agrarkapitalismus, — beides mächtige und einflussreiche Klassen — gestellt wird. Schon in diesem Punkt fehlt das Merkmal des alten Manchesterismus, welcher an Stelle des alten Feudalismus des Wirtschaftlichen neugetreten wollte.

den Arbeitern der nationalisierten Betriebe einstweilen gestattet hatte. Gegenstände für den Austausch gegen landliche Erzeugnisse herzugeben, steht sie sich jetzt genötigt, gegen den Mißbrauch, der mit dieser Erlaubnis getrieben wird, energisch einzuschreiten, da die Rohstoffe auf den Fabriken in großem Umfange zu diesem Zweck aufgebraucht worden waren. — Die fortwährende Belastung der Wohnungen und Straßen soll demnächst aufgehoben werden, da diese unerträglichen Belastungen des Staates in unverantwortlicher Weise mißbraucht worden sind.

## Die Streikflut in Polen.

O. C. Die Nachwirkungen des ober-schlesischen Aufstandes und der Naturkatastrophe machen sich in einer neuen Hochflut innerer Unruhen geltend. Die gesamte Lodzer Textilindustrie liegt seit zehn Tagen still, ebenso die Textilfabriken in Tomaszow, Byrdow und anderen wichtigeren Industriezentren; die Presse kündigt ferner einen Streik in der Metallindustrie an. An den Strahencen Warschauer sind Aufstände angelegt, die zu einem Gesamtstreik der chemischen Industrie auffordern. Auch im Kohlenindustriengebiet herrschen Unruhen; es ist zu Ausschreitungen der Arbeiter gegen Beamte gekommen. Die Besamenshaft hat daraufhin einen bisher ergablosen Schritt des polnischen Bergwerk-Zentralverbandes beim Ministerrat veranlaßt. Die ober-schlesischen Insurgententruppen, die bewaffnet über die Grenze gekommen sind, und nunmehr ihr Treiben auf polnischem Gebiet fortsetzen, stellen eine wahre Landplage dar. Außer den Plünderungen und Totschlägen in Polen und Hohenstaufen sind von den Insurgenten, nach einer Meldung des sozialistischen „Radnik“, in verschiedenen Orten Dubeipogrome verübt worden.

## Polens und Litauens Antwort an den Bitterbund.

O. C. Der polnische Außenminister Skimunt hat an Hyman eine Note gerichtet, worin die vom Bitterbund vorgeschlagene provisorische Lösung der Wilnafrage als annehmbarer Grundlage für weitere Verhandlungen erklärt wird, jedoch mit dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß hierdurch weder der Vorschlag Hymans, noch irgendein Punkt desselben definitiv angenommen werde. Die Note erklärt ferner, daß sämtliche Rechte Polens auf das Wilnagebiet bei den Verhandlungen unantastbar bleiben müßten. Auch will die polnische Regierung den praktisch wichtigsten Punkt des Beschlusses des Bitterbundes, nämlich die Teilung des Armes unter Ausschaltung reichspolnischer Elemente zu reduzieren und zu einer lokalen Miliz umzugestalten, nur insofern Rechnung tragen, als sie über die Wünsche des Bitterbundes General Jeligowski informieren und dessen Antwort unverzüglich an Hyman übermitteln wird.

Die litauische Antwort, die eine unweithinige Ablehnung des Vorschlages des Bitterbundes enthalten sollte, ist bisher nicht abgefaßt worden. Die Regierungen von Lettland und Estland sollen es der litauischen Regierung im letzten Augenblick nahegelegt haben, ihre Stellungnahme zum Hyman-Projekt einer nochmaligen Prüfung zu unterziehen.

Die polnische Regierung hat sich an die Regierungen Englands, Frankreichs und Italiens sowie an den Bitterbund mit einer Note gewandt, worin über die mäßige Belastigung polnischer Abgeordneter des litauischen Sejms und über die unausgeglichene Drangsalierung der polnischen Bevölkerung Litauens Beschwerde geführt wird. Die Note ersucht die Entente-Mächte, durch ihren Einfluß eine Herberung der litauischen Politik

Es gibt zu denken, daß die feudale und industrielle Klasse in dieser Frage einander gefunden haben, und es stellt sich sofort heraus, daß ihre Kampfstellung, ihre Front nicht sowohl gegen den Staat — diese Klassen sind doch die Machthaber im Staat — wie gegen den Sozialismus, gegen die Forderungen der Arbeiterschaft gerichtet hat.

Noch merkwürdiger wird uns der neue Schlagtrif erscheinen, wenn wir genauer zusehen und neben der allgemeinen Forderung auch deren nähere Inhalte prüfen, was uns so leicht geschehen kann, da die erwähnten Resolutionen gegen die Erhaltung des Staates in die Wirtschaftsangelegenheiten gemäßlich eine Anzahl von detaillierten Wünschen enthalten. Als gutes Beispiel wählen wir den Bericht über den französischen Kaiserhandelskongress, der vor kurzem unter Teilnahme der Agrarier, Industriellen und Finanziers Frankreichs stattgefunden hat, (siehe „Informations sociales“, 7. Juli 21). Die einstweilen in London abgehaltene internationale Konferenz der Handelskammern sowie eine große Anzahl nationaler landwirtschaftlicher und industrieller Verbände in Deutschland und in allen anderen Ländern haben ähnliche Beschlüsse; somit können wir oben genannte Konferenz als allgemein charakteristisch hinstellen. Auf dem Kongress wurde mit wachsender Energie der Gedanke gegen die Intervention des Staates von allen Rednern vertreten; jedermann führte dieses Schlagwort wie eine Schutzwehr vor sich im Munde. Wenn wir aber die einzelnen Forderungen genauer ansehen, stellen wir mit Verwunderung fest, daß der Kongress in einer Anzahl wichtiger Fragen die Intervention und die Unterstützung des Staates doch herbeiwünscht. Die Agrarier verlangen eine Erhöhung der Getreidezölle. Die Industriellen wünschen, daß der Staat auf die Gestaltung der Gestehungskosten der Industrieprodukte Einfluß ausübt, und hierzu bezeichnen sie eine Anzahl von Methoden. Durch außerparlamentarische Mittel soll der Staat zuwege bringen, daß die Produktionskosten der deutschen Industrie in einem Maße wachsen, daß diese auf dem Weltmarkt mit französischen Produkten nicht konkurrieren können. Der gefällig eingeführte Achtstundentag soll in seinen Wirkungen überprüft werden, und es wird der Wunsch ausgedrückt, dieses Gesetz abzuschaffen oder abzuändern. Der Staat soll die Entstehung der Kartelle auf jede Weise, auch durch positives Einwirken erleichtern; es wird vom Staate,

zu bewirken, da es im Augenblick vor allem darauf ankommt, eine unmittelbare Auseinandersetzung zwischen Polen und Litauen zu vermeiden.

## Programmforderungen der belgischen Sozialdemokratie.

Brüssel, 22. Juli. Der Generalrat der sozialdemokratischen Partei hat sich in der letzten Sitzung mit der Militärfrage und der Frage der Neuwahlen für das Parlament beschäftigt. Der Grundsatz der nationalen Verteidigung im Falle eines Angriffs wurde zugelassen. Die Mehrheit des Generalrats trat für Neuwahlen im Oktober ein. Das Wahlprogramm, das festgelegt wurde, ist das folgende: 6 monatige Militärdienstzeit, Versicherung bei Unfall, Invalidität und im Alter, ein Stab für die Angestellten des Staates, Regelung der Heimarbeit, obligatorischer Sachunterricht für alle Personen zwischen dem 14. und 18. Lebensjahr, Sozialversicherung der Eisenbahn einschließlich der Schmalspurbahnen, der Bergwerke und der elektrischen Kraftanlagen, Versicherungsmonopol und Fortentwicklung der Steuererhebung durch besondere Belastung des erworbenen Reichtums. Ueber die Agrarfrage und die Finanzfrage soll später entschieden werden.

## Die erholte Front.

Wir lesen im neuesten Heft der „Stimme“:  
Aus der großen Zeit.  
Ein militärischer Schriftwechsel.

1. Militärrätliches Zeugnis.  
Der Wehrmann Schmidt selbst an Schutzverletzung und Verletzung des Oberschenkelknochens. Da sich septische Erscheinungen eingestellt haben, beantrage ich Zuziehung des konsultierenden Chirurgen Herrn Sanitätsrat Dr. Pinner.  
Prof. Dr. Cohn.  
Ordinierender Arzt.
2. Reservelazarett IX, Frankfurt a. M., Nr. 2870, d. 8. 1915.  
Dem Herrn Reservelazarett-Direktor, hier,  
mit der Bitte vorgelegt, auf Grund beiliegenden ärztlichen Zeugnisses der Heranziehung des Herrn Sanitätsrats Dr. Pinner stattzugeben zu wollen.  
Der Chirurgen: Marx, Stabsarzt der Landwehr.
3. Reservelazarett-Direktor J.-Nr. II, 4134 Frankfurt a. M., d. 8. 15.  
II. dem Sanitätsamt 18. Armeekorps befürwortet vorgelegt.  
I. B.: Dr. Barn.
4. 18. A.-R. Sanitätsamt J.-Nr. 29/31, Frankfurt a. M., 7. 8. 15.  
II. dem Reserve-Lazarett-Direktor, hier.  
Die Hinzuziehung des Generalarztes Prof. Dr. Rehn wird genehmigt.  
I. B.: Lindemann.
5. Reservelazarett-Direktor J.-Nr. II, 4134, Frankfurt a. M., d. 8. 15.  
II. dem Reservelazarett IX zur Kenntnis.  
I. B.: Lindemann.
6. Reservelazarett IX, J.-Nr. 2870, Frankfurt a. M., 10. 8. 15.  
Herrn Prof. Dr. Cohn, Hochwohlgeboren, hier,  
zur Kenntnisnahme.  
Der Chirurgen: Marx, Stabsarzt der Landwehr.
7. 10. 8. 15 Kenntnis genommen mit dem Bemerkten, daß Schmidt bereits am 8. 8. verstorben ist.  
Prof. Dr. Cohn.

wenn auch nicht die Bildung von Preisindizes, doch etwas ähnliches gefordert. Der Kongress verlangt strenge Strafbestimmungen gegen die Sabotage und gegen umfängerische Arbeiterbewegungen; gegen Fremde, welche Unordnung oder sogar revolutionäre Propaganda machen, soll der Staat strenge vorgehen. Der Staat soll selbst mit finanziellen Opfern schwachen nationalen Industrien auf die Beine helfen. Er soll die Zahlung von fremden Anleihen in Frankreich nur unter der Bedingung zulassen, daß die ausländischen Zehner der Anleihen dafür französische Industrieprodukte bestellen. (Eine Erpressung, welche schon in der Vergangenheit böse Früchte gezeitigt hat.) Der Staat soll im Einvernehmen mit den Banken und Kaufleuten die finanziellen Mittel für die Ausfuhr bereitstellen. Die angeführten Forderungen sind durch den Kongress zu Beschlüssen erhoben worden. Wie sieht also die Frage nach der Intervention des Staates aus? Der Generalredner des Kongresses hat sich etwas verächtlich ausgedrückt, indem er sagte: „Wir wollen vom Staat seine Unterstützung, seine Ratsschlüsse und seine Mitwirkung, wir lehnen aber energisch jede Einmischung, jede Beherrschung, jede lähmende Regelung ab. Die private Initiative kann sich nur in der Freiheit auswirken.“ So unklar der Redner auch ist, wir können den Sinn dieser Beschlüsse — und wir wiederholen, daß sich das gleiche in allen Ländern vollzieht — leicht entziffern.

Es wird in allen diesen Bewegungen eine neue Idee nicht zum Ausdruck gebracht. Die Formel gegen die Intervention des Staates ist hier nichts als Heuchelei. Sie wird praktisch nur angewendet, so oft die Machtposition des Agrar-, Finanz- und Industriekapitalismus oder aber seine Profitinteressen gefährdet sind, aber wenn es sich darum handelt, sich den Steuerlasten zu entziehen. Infolge der Wirtschaftskrise haben die Arbeitgeber über die Arbeitnehmer ein gewisses Übergewicht erlangt, und es scheint ihnen, daß sie dieses besser ausnützen können, wenn der Staat, welcher den Schein eines sozialen Gemeinwohls wahren muß, in den Arbeiterfragen möglichst ausgeschaltet wird. In allen Fragen jedoch, wo sie sich von einer Staatsintervention einen Vorteil versprechen, wird die Forderung stillschweigend fallen gelassen, und wird im Gegenteil der Staat zu tatkräftiger Hilfe aufgerufen. Nur in diesem Sinne können wir das Schlagwort von einem neuen Manchesterismus bewerten.

## Danziger Nachrichten.

### Betrachtungen.

In unserer an Klassen- und Rassenhaß an demütigt gewollter systematischer Verhöhnung der Völker... so überaus reichen Zeit, dürfte es eigentlich nicht Wunder nehmen, wenn auch Kreise der Bevölkerung von diesem Geist der Zeit angekränkt sind, die es ihrer Stellung im öffentlichen Leben schuldig, in aller erster Linie den Geist der Duldsamkeit, des Verständnisses für die Atmosphäre ihrer Umgebung zu über-

Ueber den bei dem Konseratismus des Kaiserreichs traditionell gewordenen Kampf gegen das Judentum und die auf die Deutschnationalen der Republik überkommene Judenhebe ist oft geschrieben und gesprochen worden; augenscheinlich aber noch nicht hinreichend genug, um die Allgemeinheit mit Zuständen bekannt zu machen, die sich hier in unserm kleinen Staatswesen eingeschlichen haben.

Wenn man aufmerksam Blickes durch die Straßen der Stadt wandelt, sieht das Auge oftmals meist bei jungen Leuten, wohl auch schon bei Schulknaben, das sogenannte Symbol des Kampfes gegen das Judentum, jenes herabwürdige Hakenkreuz, das verschiedentlich von eckigen bewaffneten Horden unserer Volkstümer unfehligen Angedenkens als Helmzierat getragen worden ist. Ueber den Geschmack läßt sich bekanntlich streiten, und der Träger solcher Zugehörigkeitsabzeichen kennzeichnet sich ja wohl ohne weiteres von selbst. Aber ich glaube nicht zu irren, wenn die Bevölkerung ein Recht hat zu fordern, daß unter allen Umständen unsere von dem Gelbe auch der jüdischen Mitbürger bezahlte Beamtenschaft sich ehrlich fernhält von derartigen Ungehörigkeiten für die Polizeibeamten, die aus Mitteln der Allgemeinheit besoldet werden zum Schutze jedermanns, gleichviel welcher Nation, Konfession oder welchen Standes er sei, erscheint es als eine selbstverständliche Voraussetzung, daß diese Beamten nur dann ihrem schwierigen Dienst gerecht werden können, wenn sie — unter vollster Wahrung der ihnen verfassungsgemäß zustehenden staatsbürgerlichen Rechte — nicht nur äußerlich, sondern vor allem innerlich frei, in diesem besonderen Falle moralisch reif für ihren Beruf sind.

Ich frage: wohin soll das führen, wenn Polizeibeamte sich in Organisationen betätigen, die eine ausgesprochene Kampfstellung gegen eine bestimmte Bevölkerungsschicht eigener Staatsangehörigkeit einnehmen? Bedingen nicht die Dienstpflichten des Polizeibeamten namentlich strengste Loyalität gegenüber dem Gesamtpublikum ohne Ausnahme, insonderheit da, wo konfessionelle Gegensätze in Erscheinung treten? Kann die Bevölkerung Vertrauen gewinnen zu ihren amtlichen Schutzorganen, wenn derartige Ideen, wie sie der Hakenkreuzbund propagiert, auch in den Reihen der Polizeibeamtenschaft bereitwillig Aufnahme finden und — vermerkt und häßlich genug — sich nicht nur auf kritische Aufnahme beschränken?

Man werde nicht ein und sage, jedem Menschen ist es gestattet, eine Stellung zu allen ihn berührenden Fragen einzunehmen wie es ihm zuliebe. Dann mögen die Betroffenen aber auch mehr Rückgrat zeigen und die Konsequenzen ziehen, denn hier wird doch das Interesse der Öffentlichkeit nicht nur sondern um wieviel mehr noch dasjenige des Staates berührt, wenn Angehörige staatlicher Schutzorganisationen sich Bewegungen anschließen, die zu den Staatsnotwendigkeiten in schroffem Gegensatz stehen.

Ohne Frage bedeutet doch die Tendenz des Deutsch-völkischen Schutz- und Trugbundes eine ebenso klare und einseitige Festlegung seiner Anhänger wie sie bei Befolgung derselben einen Polizeibeamten bei gewissenhafter Ausübung seines Dienstes in schwerste Gewissenkonflikte stürzen kann. Unbedingt und ohne jeden Vorbehalt hat daher die Öffentlichkeit das größte Interesse daran, daß endlich mit diesen unwürdigen Zuständen aufgeräumt werde. Wie schreibt doch der Vizepräsident der Münchener Handelskammer? „Der Geist des Friedens und der Unabwiesbarkeit, der wie ein Fluch seit Jahren auf Deutschlands innerpolitischer Entwicklung lastet, feiert seit Monaten in der Hauptstadt Bayerns förmliche Orgien auf dem Gebiete müßiger Konfessioneller Verhöhnung.“

Der Senat und die Ziegeleiindustrie. Von der Soulektion des Fabrikarbeiterverbandes wird uns geschrieben: Nach Mitteilungen des Senats in bürgerlichen Blättern soll sich die Einfuhr von Ziegeln aus Pommerellen auf mehrere hunderttausend beschränkt haben. Wäre das zutreffend, hätten wir gewiß keine Ursache und wegen drohender Betriebsstilllegung in der ganzen Ziegeleiindustrie im Gebiet der freien Stadt Danzig zu melden. Nicht mehrere Hunderttausend, sondern 6 Millionen Ziegel sind im letzten Zeitabschnitt eingeführt worden. Mit dieser Einfuhr ist schon mindestens zwei fliegende Ziegeleien die Produktionsmöglichkeit genommen. Würde es ungehindert so weiter gehen, dann müssen die Ziegeleiarbeiter zu den schon vorhandenen Erwerbslosen hinzukommen. Wir meinen, wenn schon einer so großen Zahl Danziger Betriebe die Arbeitslosigkeit infolge der gewaltigen Vorkrennung Danzigs vom Deutschen Reich genommen ist, liegt wirklich keine Ursache vor, daß die Freistaatsregierung dazu beiträgt, das Los der hiesigen Arbeiterschaft noch drückender zu gestalten, als es schon jetzt wegen der Arbeitslosigkeit geworden ist. Eine besondere Einsparnis für die gesamte Bevölkerung wird durch Einfuhr der Ziegel kaum in Frage kommen. Nur dürfte es so sein, daß sich ein ganz kleiner Kreis von Personen durch die Spanne, die sich zwischen den Preisen in Pommerellen und Danzig ergeben, die Taschen füllt. Wenn die Fragen der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Danziger Ziegeleiarbeiter, infolge der Verstocktheit der Arbeitgeber von jeder ein trübes Kapitel gewesen ist, so ist es uns aber auch nicht aus dem Gedächtnis entfallen, daß die Ziegeleiarbeiter in Pommerellen, deren Betriebe an Danzig grenzen, niemals ein Ohr für Arbeiterfragen gehabt haben. Maßregelungen und schärfste Entlassungen sind stets die beliebtesten Mittel gewesen, diese Arbeiterschaft niederzuhalten. Wir haben also gar keine Ursache bill zu suchen, wie die Leiden der Danziger Arbeiter durch Arbeitslosigkeit vermehrt werden, damit durch den Tiefstand der Löhne in Pommerellen und den Stand der Wälu ein kleiner Kreis Personen sich die Taschen füllt. Zum mindesten hat sich der Senat von dieser Schuld frei zu halten, zumal unter den Senatsmitgliedern sich weitblickende Geschäftleute befinden. Warum also von mehreren Hunderttausend reden, wenn es tatsächlich Millionen sind?

Im Streit erstickt. Sonntag nachmittags gerieten in Weichselmünde die Arbeiter Anton Ellerwald und John Schneider in befreundetem Zustande in eine Schlägerei miteinander. Im Verlauf dieser verheerete Ellerwald Schneider mit einem Messer an der linken Halsseite und durchschlug hierbei die Schlagader. Der herbeigerufene Arzt konnte nur noch den inzwischen eingetretenen Tod des Schneiders feststellen. Der Täter E. wurde nach Anlegung eines Verurtheilungsbefehls — er hatte ebenfalls kleinere Verletzungen davongetragen — festgenommen und in das Polizeigefängnis Neufahrwasser eingeliefert. Die Leiche wurde beschnitten und nach der Weichselhalle Neufahrwasser überführt.

### Der Zusammenbruch der bürgerlichen Moral.

In allen Ländern wird jetzt über die Verwilderung des Volkes geklagt. Die Kriminalitätsziffern steigen, die Jugend ist ohne Furcht und Eitelfürcht, der Untergang der Kultur ist näher: So nennt das „gebildete“ Völkertum.

Und die Ursache dieses moralischen Zerfalls? Natürlich die Revolution! Es herrscht ja keine Autorität und keine Furcht mehr, nicht einmal vor der Fackel der „höheren“ Gewalt und der Ordnung liegen im Staub, alle Delinquenten verbrechen. Wie kann es da anders sein, anders werden!

Und die Rettung? Die Monarchie allein vermag Rettung zu bringen. Die schwarz-weiße Flagge und die Fackelhaube. Dazu noch die Befehlshaber, was dann noch zu tun übrig bleibt, das wird von der Klassenjustiz besorgt — und zwar gründlich.

Das ist der deutsche Philister, wie ihn schon Heinrich Heine schilderte: „Ein hohler Darm, voll Furcht und Hoffnung, daß Gott erbarm.“ Politisch verführte Autoritätsgläubige, korrupte Machtbedürftige, die auf eigene Selbstarbeit verzichten.

Ist es wirklich so schwer, die wahren Ursachen des moralischen Zerfalls und die Mittel zu finden, seiner weiteren Ausbreitung erfolgreich vorzubeugen?

Die Kriminalitätsziffer steigt mit den Preisen der Lebensmittel. Das ist eine so alte Wahrheit, daß man glauben sollte, sie müßte endlich auch dem blindesten Kopf einleuchten. Aber in diese stoffliche Nacht bringt kein Licht mehr.

Es ist den Besitzenden unangenehm, an die durch die Politik ihrer Parteien geschaffenen Katastrophen erinnert zu werden. Sollen wir immer und immer wieder das Kapitel: Krieg, Scheitern, Schiebertum und Brotwucher aufziehen? Wir müssen es!

Die Mütter hungerten mit ihren Kindern, um den Feldgrauen etwas schiden zu können. Der Vater schrieb aus dem Felde von dem, wie es die „Großen“ trieben und wie diese, während Vater verlaßt vorne im Dred lag, in der Stappa prahlten.

Wie draußen gestohlen wurde, wie draußen — besonders in der Stappa — die bürgerliche Moral ihr wahres Gesicht zeigte, alles das wirkte auf die „draußen“ wie auf die dahinten.

Wie das auf unterernährte Menschen wirken mußte! Kann kamen die prophezeiten „herrlichen Zeiten“, Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Preissteigerungen auf allen Gebieten und kein Verstand für die Bedürfnisse der in ihrer Existenz bedrohten Proletariat.

Auf der andern Seite wachsender Reichtum, Leben und Trunken im Überfluß! Klaffende Gegensätze!

Hier nur Erziehungsmittel zu kaum erschwingbaren Preisen, dort Naturprodukte zu jedem Preis. Hier statt der Weinen, oder Baumwollstoffe im Wäschebrenn nicht genug Geld zu Papierstoff.

Dort Saft und Selbe und — hochmütiges Proben. Ja, Herrschaften, das alles ergibt eine Moral! Und doch ist das Bild lange noch nicht vollständig.

Man blide auf unsere Ältere Arbeitergeneration, auf unsere ausgehungerten, nicht mehr arbeitsfähigen, alten braven Arbeitermütter und Arbeiterväter, die sich schämen, ihr unbeschreibliches Elend zur Schau und auf den Lippen zu tragen.

Und dann schweigt von eurer Moral, ihr Götter! /rtelidigt alle Geschäfte, wenn ihr ohne diese nicht leben könnt. Uns aber laßt den Glauben an die Menschheit! Das Proletariat wird sich befreien und die Menschheit retten. Troß alledem!

**Polizeibericht vom 24. u. 25. Juli 1921. Verhaftet:** 30 Personen, darunter: 12 wegen Diebstahls, 3 wegen Straßenüberfalls, 1 wegen Unterschlagung, 2 wegen Körperverletzung, 1 wegen tätlichen Angriffs, 1 wegen Widerstand, 1 wegen Verbauch des Mädchenhandels, 1 zur Festnahme, 1 wegen Bettelns, 15 in Polizeihäft. Obdachlos: 1 Person.

## „König Kohle.“

Roman von Upton Sinclair.

47) (Fortsetzung.)  
„Nun, nun“, meinte der Berghauptmann, als das Konzert zu Ende war, „gibt es viele Ihrer Art in Harrigan?“  
„Eine kleine Gruppe, wohl genug, den Teig zu durchsäuern.“  
„Und Sie lassen all dies als Ferien auf?“  
„Nicht als Ferien; es ist ein Sommerkurs in praktischer Zoologie.“  
„O, ich verstehe“ — und der Berghauptmann mußte wider seinen Willen lächeln.  
„Das ganze verfluchte Jahr haben und die Professoren der Nationalökonomie mit ihren Theorien überschüttet; aber die Theorien entsprechen irgendwie nicht den Tatsachen. Ich sagte mir: „Das muß ich selbst kontrollieren.“ Sie kennen ja die Schlagworte — Individualismus, laissez faire, Freiheit des Kontraktens, das Recht eines jeden, sich selbst den Arbeitgeber zu wählen. Nun, und hier kann man das Resultat beobachten — ein Bergmann mit grausamem Lächeln und einem Gewehr, der die Gefesse noch raffer bricht, als sie ein Gouverneur unterzeichnet kann.“  
Der Berghauptmann fand schließlich, daß er genug habe; er erhob sich, um der Sache ein Ende zu machen. „Wenn es Ihnen recht ist, junger Mann, werden wir jetzt an das Geschäftliche gehen.“

Er durchsuchte das Zimmer mit großen Schritten und pflanzte sich dann vor Gal auf. Die Hände in den Hosentaschen stand er da, mit einer gewissen christlichen Grazie, die nicht zu seinem Beruf paßte. Ein gut aussehender Teufel ist er schon — dachte Gal — trotz des drohenden Wunders und der Spuren eines liebevollen Lebens auf dem Gesicht.  
„Junger Mann“ — hub er an, sich zu einem gutmütigen Ton zwingend — „ich weiß nicht, wer Sie sind, weiß bloß, daß Sie recht aufgeweckt erscheinen. Sie haben gute Nerven, ich bewundere Sie, daher bin ich bereit, zu handeln, als sei nichts gewesen, und Ihnen die Möglichkeit zu geben. Ihr Semester zu beenden.“  
Gal hatte des anderen vorfahrig-lustigen Lächeln studiert. „Gott“ — sagte er — „sprechen Sie sich klar aus. Ich brauche also nicht zu erklären, daß ich Geld genommen habe?“  
„Nein, das werden wir Ihnen lassen.“  
„Und ich komme nicht ins“

„Nein; das war natürlich nie ernst gemeint; ich wollte Ihnen bloß einen Schrecken einjagen. Ich verlange nur, daß Sie verschwinden und unseren Arbeitern die Möglichkeit geben, das Ganze zu vergessen.“  
„Ja, aber was soll das mir, Cotton? Gätte ich mich drücken wollen, so wäre mir das doch in den letzten acht, zehn Wochen möglich gewesen.“  
„Selbstverständlich. Heute hängt es aber von meinem guten Willen ab.“  
„Lassen Sie den „guten Willen“ beiseite. Sie wollen mich ohne Mühe los werden — das wird Ihnen aber nicht gelingen. Geben Sie es auf.“  
Der Berghauptmann starrte ihn verblüfft an. „Soll das bedeuten, daß Sie hier bleiben wollen?“  
„Das meine ich.“  
„Nein, habe ich aber genug, junger Mann! Ich habe keine weitere Zeit zum Spielen! Ich bin hier Berghauptmann und muß Ordnung schaffen. Ich sage: Sie werden fortgehen!“  
„Der Cotton“ — warf Gal ein — „das Nord-Tal ist doch eine Stadt; ich habe ebenso viel Recht hier zu sein, wie Sie.“  
„Ich will keine Zeit mit Disputieren verlieren; werde Sie in ein Automobil setzen und nach Pedro bestfordern lassen.“  
„Und wenn ich zum Distrikts-Staatsanwalt gehe und Klage gegen Sie einlege?“  
„So wird er Sie auslösen.“  
„Und wenn ich zum Gouverneur des Staates gehe?“  
„Der wird noch lauter lachen.“  
„Gut Cotton, vielleicht wissen Sie, was Sie tun. Aber — aber — ich möchte doch gerne wie Ihnen zumute ist. Ist es Ihnen niemals eingefallen, daß Ihr Vorgehen gegen die Arbeiter Ihre Vorurteile unheilbar verhärtet? Wante?“  
„Meine Vorurteile? Wen meinen Sie?“  
„Einen Mann im Staate müssen Sie achten — auch wenn Sie den Distrikts-Anwalt und den Gouverneur gering schätzen. Und dieser Mann ist Peter Harrigan.“  
„Peter Harrigan?“ — wiederholte der andere; dann brach er in ein lautes Lachen aus. — „Sie sind wirklich ein drohlicher Junge.“  
Gal betrachtete ihn fortwährend. „Sind Sie Ihrer Sache sicher? Wird er jede Ihrer Spindlungen gutheißen?“  
„Er wird es.“  
„Die Art, wie Sie Ihre Arbeiter behandeln? Weß er, daß Sie beim Wegen betrogen?“

„Teufel noch eins! Was glauben Sie denn, wo das Geld für Ihre Unwissenheit herkommt?“  
Beide verstummten. Nach einer Weile fragte der Berghauptmann in herausforderndem Tone: „Wissen Sie jetzt, was Sie wissen wollen?“  
„Ja“ — sagte Gal — „Ich hatte es ja immer geahnt, nur fällt es schwer, die anderen davon zu überzeugen; denn der alte Peter gleicht nicht den gewöhnlichen weltlichen Wälfen, er ist ein frommer Christ.“  
Der Berghauptmann lächelte grimmig: „Solange es Schafe gibt, wird es auch Wölfe in Schafschleibern geben.“  
„Ich verstehe, und Sie schauen ruhig zu, wie die Lämmer aufgefressen werden.“  
„Wenn ein Lamm so dumm ist, daß es sich durch das abgetragene Schafsfell irre führen läßt, verdient es aufgefressen zu werden.“  
Gal studierte das zhmische Gesicht „Cotton“ — sagte er bedeutungsvoll — „Die Hirten schlafen, aber die Schäferhunde bellen durch die Nacht. Hören Sie Sie noch nicht?“  
„Ich habe es nicht gemerkt.“  
„Und doch bellen sie, bellen, bellen! Sie werden die Hirten aufdecken! Die werden dann die Schafe retten!“  
„Religion interessiert mich nicht“ — sagte der Berghauptmann mit gelangweiltem Gesicht. — „Weder die Ihre noch die des alten Peter.“  
Zähling schmeckte Gal empör. „Cotton mein Wack ist bei der Herde! Ich gehe auf meinen Posten zum Abpflaumen zurück.“ Damit wandte er sich der Tür zu.  
„Jeff Cotton sprang vor, schrie „Galt!“  
Gal jedoch Schritt weiter.  
„Lassen Sie auf junger Mann — brüllte der Berghauptmann. — Treiben Sie diesen Spott nicht zu weit! Er erreichte die Türe vor dem Gefangenen, sein Hand glitt zur Hülse heran.  
„Ziehen Sie den Revolver heraus, Cotton“ — sagte Gal, und da der Berghauptmann gehorchte. „So, nun bleibe ich stehen. Wenn ich Ihnen künftig gehorche, wird es nur vor dem gespannten Revolver sein.“  
Ein drohender Zug lag um des Berghauptmanns Mund. Sie dachten noch erlicher, daß es in diesem Lande vom Spannen der Waffe bis zum Abfeuern nicht gar so weit ist.“  
„Ich habe Ihnen meinen Standpunkt erklärt, was beschließen Sie?“

(Fortsetzung folgt)



# Danziger Nachrichten.

## Die neue städtische Betriebsverwaltung.

Die am 1. d. M. abgehaltene Sitzung des Ausschusses für die Verwaltung der städtischen Betriebe wurde von dem Vorsitzenden des Ausschusses in entscheidender Weise gegen die Verabschiedung des Beschlusses über die Neuorganisation der Betriebsverwaltung und die entsprechende Erhöhung der Betriebsverpflichtung geschlossen. Als Vertreter des St. 1. waren Gehm, Dr. Jahn, Dr. Eichert und Professor Wislizenus anwesend und wurde von ihnen versucht, die Maßnahmen des Ausschusses zu verteidigen. Nach Abschluß der Beschlüsse der Sitzung am 1. August, nachmittags 2 Uhr, zu einer Sitzung zusammenberufen, in der zu der fraglichen Verordnungsstellung angenommen werden soll.

## Das Eisenbahnmateriale im Festland.

Der Verteilungsausschuß für rollendes Material in Berlin hat am 6. Juni 1921 in einer Spezialkommission für das Gebiet der freien Städte Danzig abzutretenden deutschen Fahrzeuge endgültig festgestellt. Die freien Städte Danzig hat hiernach zu erhalten: 118 Lokomotiven, 173 Personenwagen, 35 Gepäckwagen, 1650 Güterwagen, 2 Reisewagen. Eine Entscheidung darüber, wann innerhalb des Gebietes das Eisenbahnmateriale zugestellt wird, ist noch nicht erfolgt.

Neben die gestrichelte Trennung der Eisen- und Eisenbahnmateriale wird Senatspräsident Sahm in einer am Freitag, den 25. Juni, vormittags 11 Uhr, stattfindenden Sitzung des Hauptauschusses Bericht erstatten.

## Die Ausschreibung im Metallarbeiter-Verband.

Das endgültige Resultat der Delegiertenwahl in Danzig ergibt auf Liste A 790 und auf Liste B 934 Stimmen, so daß die Moskauer mit 144 Stimmen in der Mehrheit geblieben sind. Die bis jetzt aus dem Reich vorliegenden einzelnen Wahlergebnisse lassen einen günstigen Verlauf für die gewerkschaftliche Amsterdamer Richtung erkennen.

So entfielen in Berlin von insgesamt 58 517 Stimmen 30 225 Stimmen auf die Liste A (Amsterdam) und nur 22 994 Stimmen auf die Moskauerliste B.

In Hamburg ergaben die Kommunisten ebenfalls eine vollständige Niederlage. Für die Amsterdamer Richtung wurden 8440 Stimmen und für die Moskauer nur 2257 Stimmen abgegeben.

Auch in Stettin ist die Amsterdamer Liste mit erheblicher Stimmenüberlegenheit gewählt worden. Auf ihr entfielen 1484 Stimmen auf die der Kommunisten 726.

Berlin hat 77, Hamburg 18 und Stettin 5 Delegierte zu entsenden, die alle auf die Amsterdamer Richtung entfallen, da bekanntlich nach einfacher Stimmenmehrheit gewählt worden ist.

## Die Neuorganisation des Zoppoter Spielunternehmens

Darf, wie uns vom Zoppoter Magistrat mitgeteilt wird, nunmehr bis auf einige mehr oder weniger formale Rechtsabhandlungen als durchgeführt betrachtet werden. Der Grundgedanke ist der des gemischt-wirtschaftlichen Unternehmens. Auf der einen Seite haben sich die Stadt und Landdrille sowie die Gemeinde Olba zu einer Freistadtgemeindeverband-G. m. b. H. zusammengeschlossen, während auf der anderen Seite das Spielunternehmen eine selbständige G. m. b. H. unter händlerischer Aufsicht und Kontrolle der in der Freistadtgemeindeverband-G. m. b. H. zusammengeschlossenen Kommunalverbände bildet.

Beide G. m. b. H. sind durch einen Kommanditgesellschaftsvertrag verbunden. Die Betriebsgesellschaft hat 60% der gesamten Bruttoeinnahme an die Kreis-G. m. b. H. abzuführen und sich darüber hinaus verpflichtet, auch von den andern zu begründenden Unternehmen 5 bzw. 10% vom Gewinn abzuführen. Außerdem hat der neue Konzern der Kreis-G. m. b. H. eine jährliche Mindesteinnahme der gesamten Kasseinnahme bis zu 12 Millionen garantiert.

Was die Inhaber des bisherigen Konzerns betrifft, so haben sie im Wege glücklicher Verhandlungen mit dem neuen Konzern das Unternehmen leihweise übertragen und werden aus dem bisherigen Betriebe aus.

## Vertagung der Berufungsverhandlung im Schichtarbeiterstreik.

Wie wir bereits mitgeteilt haben, hatte die Firma Schichtarbeiter gegen den obliegenden Urteil der Arbeiter in der Massenlage vor dem Gewerbegericht, Berufung eingelegt. Die auf heute vor dem Landgericht angelegte Berufungsverhandlung ist infolge des von beiden Parteien vorgebrachten umfangreichen Materials auf den 24. September vertagt worden.

## Erweiterung und Neuorganisation des Korridorverkehrs.

Bereits Anfang Mai haben deutsche und polnische Sachverständigen Verhandlungen zur Erweiterung des am 1. Dezember 1920 abgeschlossenen Korridorverkehrsabkommens stattgefunden. Das unter dem 4. Mai abgeschlossene Protokoll, dem die zum Inkrafttreten der am 21. April in Paris geschlossenen Konvention gelten soll, ist nunmehr am 25. Juni dem Senat vorgelegt, der keinen Einspruch dagegen erhoben hat.

Außer dem am 13. November 1920 in Berlin abgeschlossenen und mit dem am 1. Dezember 1920 eingeleiteten Gütern, sollen dem jetzigen Verkehrsbedarf entsprechend weitere Güterzüge eingeführt werden. Auf der Strecke Königsberg—Märtenburg sind fünf Personenzugpaare, sechs Güterzugpaare, drei Bedarfs-Güterzugpaare. Auf der Strecke Schneidemühl—Pommern—Thorn—St. Chajau sind ein Schnellzugpaar, drei Güterzugpaare und ein Bedarfs-Güterzugpaar. Die Güterzüge sind für den Durchgangsverkehr zwischen Deutschland und Ostpreußen bestimmt. Die Durchgangsverkehr werden entweder in ganzen Zügen, oder in besonderen Zugteilen befördert. Die Benutzung dieser Züge und der betreffenden Zugteile stehen deutschen Reichsangehörigen, die mit Personalausweis versehen sind; ferner den Angehörigen der alliierten und assoziierten Mächte, sowie neutralen Staaten (im Kriege 1914/19), die mit eigenen Pässen versehen sind und polnischen und Danziger Staatsangehörigen, die mit eigenen Pässen versehen sind, frei.

## Die Danziger Arbeiterbewegung.

Die am 25. Juni abgehaltene Sitzung des Ausschusses für die Verwaltung der städtischen Betriebe wurde von dem Vorsitzenden des Ausschusses in entscheidender Weise gegen die Verabschiedung des Beschlusses über die Neuorganisation der Betriebsverwaltung und die entsprechende Erhöhung der Betriebsverpflichtung geschlossen.

Als Vertreter des St. 1. waren Gehm, Dr. Jahn, Dr. Eichert und Professor Wislizenus anwesend und wurde von ihnen versucht, die Maßnahmen des Ausschusses zu verteidigen.

Nach Abschluß der Beschlüsse der Sitzung am 1. August, nachmittags 2 Uhr, zu einer Sitzung zusammenberufen, in der zu der fraglichen Verordnungsstellung angenommen werden soll.

## Ring- und Hebewerkzeug von der Freistadt Danzig.

Der Kraftsportklub „Eiche 19“ der Arbeiterbewegung veranstaltete am Sonntag, den 27. Juni in den Räumen des Café Derra ein Ring- und Hebewerkzeug von der Freistadt Danzig. Der Wettbewerb, der von dieser Art hier in Danzig in der Arbeiterbewegung, hat bei überfülltem Saal einen prächtigen Verlauf genommen. Ein Zeichen, daß für die Arbeiterbewegung ein reges Interesse vorhanden ist. Die Leistungen waren durchaus gute, besonders der unteren Klasse. Einige dies ein Beispiel für diejenigen Arbeiterkämpfer sein, die nach und nach unsern Reihen stehen und werden, können nicht auf ihre Arbeit zu kommen. Leider hat es nicht möglich, die Abteilungsleiter Genossen am Saal zu haben, die die Ring- und Hebewerkzeuge von der Freistadt Danzig, konnten die Ausschreibungen erst spät in die Hände der Bewerber gelangen. Dazu kamen Ver- und Nachschichtarbeiten, so daß die Abteilungsleiter nicht rechtzeitig zum Start erscheinen konnten. Es traten die Danziger Sportgenossen allein zum Kampfe an. Gemeldet hatten sich aus den Danziger Gewerkschaften: Kraftsportverein „Eichenteil“, Kraftsportklub „Eiche 19“, Abt. Danzig, Bauern und Bienen, 65 Teilnehmer. Eine Kampferklärung, wie wir sie in Danzig in der Arbeiterbewegung noch nicht gesehen haben, ein Zeichen, daß die Arbeiterbewegung bei uns auf der Höhe ist. Wenn es auch in den Leistungen im Heben, nicht wie vor dem Kriege war, so liegt es an den langen Krieg, an den vielen Entbehrungen und der Unterernährung, die wir Arbeiterkämpfer durchmachen und noch durchmachen.

## Die Resultate im Ringen waren: Federgewicht:

- 1. Barpart (Eiche) 3 Siege. (Freistadtmeister), 2. Plehn (Eiche) 4 Siege, 3. Czarnowski (Eichenteil) 2 Siege, 4. Weiß (Eichenteil) 2 Siege. Leichtgewicht: 1. Hoffmann (Eichenteil) 5 Siege (Freistadtmeister), 2. J. Lubowski (Eiche) 3 Siege, 3. Kaiser (Eichenteil) 3 Siege, 4. Schmidt W. (Eiche) 3 Siege. Mittelgewicht A.: 1. Michel (Eichenteil) 4 Siege (Freistadtmeister), 2. J. Lubowski (Eiche) 2 Siege. Mittelgewicht B.: 1. Reich (Eiche) 4 Siege (Freistadtmeister), 2. Urte S. (Eichenteil) 3 Siege. — Heben: Federgewicht: 1. Penzig (Eiche) 370 Pfd. (Freistadtmeister), 2. Schöndel (Eiche) 340 Pfd. Leichtgewicht: 1. Loops (Eiche) 430 Pfd. (Freistadtmeister), 2. Hoffmann (Eichenteil) 425 Pfd., 3. Lubowski J. (Eiche) 390 Pfd. Mittelgewicht A.: 1. Bläker (Eiche) 370 Pfd. (Freistadtmeister), 2. Sperber (Eichenteil) 350 Pfd. Mittelgewicht B.: 1. Held (Eichenteil) 415 Pfd. (Freistadtmeister), 2. Babudba (Eiche) 410 Pfd. Schwergewicht: 1. Urte Paul (Eichenteil) 440 Pfd. (Freistadtmeister).

Neupflasterungen von Danziger Straßen. Mit der von uns bereits im Frühjahr angeregten Neu- bzw. Umpflasterung der zum größten Teil sehr stark mitgenommenen Danziger Straßen scheint nunmehr endlich begonnen zu werden, so daß wenigstens wieder einem Teil Arbeiter Beschäftigung gegeben wird.

Im Laufe des Jahres sollen unter Vorbehalt der Genehmigung durch die Stadtverordnetenversammlung zunächst die große Gerbergasse, die Schmiedegasse, die Brodbäckergasse vom Tor bis zur Br. Krämergasse umgepflastert werden.

Ferner sind geplant: Instandsetzung des westl. Sommerwegs und Umlegung eines Teiles des Nebenpflasters in der Großen Allee, Instandsetzung der Schotterbahn in St. Albrecht vom Beginn des Kleinpflasters bis zum Vorfeldgang, Befestigung der Straße „Hamburger“ in Weichselmünde mit Kohlenschlacke und Pflastersteinen.

Die beteiligten Grundbesitzer werden aufgefordert, etwa in Aussicht genommene Hausanschlüsse an die städt. Entwässerungs-, Gas-, Wasser- und Elektrizitätsleitungen möglichst umgehend zu bewilligen und vor Ausführung des Pflasterwerkes vornehmen zu lassen, damit ein wiederholter Aufreißen des Pflasters vermieden wird.

Photographisches Wettbewerb in Danzig. Von verschiedenen Seiten trat in letzter Zeit die Anregung zu einer für den Freistadt Danzig einen photographischen Wettbewerb ins Leben zu lassen. Am 25. Juni trat dabei eine Anzahl von interessierten Herren zu einer Besprechung zusammen, um sich über die Veranstaltung eines photographischen Wettbewerbes verständigt zu werden. Es zeigte sich Übereinstimmung in der Ansicht, daß eine solche Veranstaltung wünschenswert sei und für Danzig erhebliche Bedeutung haben werde, da man die dadurch zu gewinnenden photographischen Aufnahmen für den Zweck der Ausstellung für eine Belebung des Fremdenverkehrs verwenden könne. Da die in Danzig bestehende photographische Gesellschaft infolge des Krieges ruht und noch nicht zu neuem Bestehen gekommen ist, so kann diese nicht als Veranstalter in Betracht kommen.

Man war daher einstimmig der Ansicht, daß ein solches Gelingen die Veranstaltung des Wettbewerbes die Verehrerzentrale sei, die auch früher schon in dieser Richtung gearbeitet hat. Man war sich allerdings darüber klar, daß erhebliche Schwierigkeiten bestehen würden, namentlich für die Beschaffung der nötigen Ausstellungsräume. Man hielt aber die Bedeutung einer solchen Veranstaltung für Danzig für so wichtig, daß die Überwindung der Schwierigkeiten nicht zurückzuführen dürfe. So kamen die Versammelten zu der Ansicht, daß der Wettbewerb für Ende September oder Anfang Oktober ins Leben geführt werden müsse, die preisgünstigsten Photographen sollen nachher in der Danziger Arbeiterbewegung, die als vornehmliche Veranstalterin fungieren soll, veröffentlicht werden. Man nahm die Gründung eines

## Die Danziger Arbeiterbewegung.

Die am 25. Juni abgehaltene Sitzung des Ausschusses für die Verwaltung der städtischen Betriebe wurde von dem Vorsitzenden des Ausschusses in entscheidender Weise gegen die Verabschiedung des Beschlusses über die Neuorganisation der Betriebsverwaltung und die entsprechende Erhöhung der Betriebsverpflichtung geschlossen.

Als Vertreter des St. 1. waren Gehm, Dr. Jahn, Dr. Eichert und Professor Wislizenus anwesend und wurde von ihnen versucht, die Maßnahmen des Ausschusses zu verteidigen.

Nach Abschluß der Beschlüsse der Sitzung am 1. August, nachmittags 2 Uhr, zu einer Sitzung zusammenberufen, in der zu der fraglichen Verordnungsstellung angenommen werden soll.

## Die Danziger Arbeiterbewegung.

Die am 25. Juni abgehaltene Sitzung des Ausschusses für die Verwaltung der städtischen Betriebe wurde von dem Vorsitzenden des Ausschusses in entscheidender Weise gegen die Verabschiedung des Beschlusses über die Neuorganisation der Betriebsverwaltung und die entsprechende Erhöhung der Betriebsverpflichtung geschlossen.

Als Vertreter des St. 1. waren Gehm, Dr. Jahn, Dr. Eichert und Professor Wislizenus anwesend und wurde von ihnen versucht, die Maßnahmen des Ausschusses zu verteidigen.

Nach Abschluß der Beschlüsse der Sitzung am 1. August, nachmittags 2 Uhr, zu einer Sitzung zusammenberufen, in der zu der fraglichen Verordnungsstellung angenommen werden soll.

Die am 25. Juni abgehaltene Sitzung des Ausschusses für die Verwaltung der städtischen Betriebe wurde von dem Vorsitzenden des Ausschusses in entscheidender Weise gegen die Verabschiedung des Beschlusses über die Neuorganisation der Betriebsverwaltung und die entsprechende Erhöhung der Betriebsverpflichtung geschlossen.

Als Vertreter des St. 1. waren Gehm, Dr. Jahn, Dr. Eichert und Professor Wislizenus anwesend und wurde von ihnen versucht, die Maßnahmen des Ausschusses zu verteidigen.

Nach Abschluß der Beschlüsse der Sitzung am 1. August, nachmittags 2 Uhr, zu einer Sitzung zusammenberufen, in der zu der fraglichen Verordnungsstellung angenommen werden soll.

Die am 25. Juni abgehaltene Sitzung des Ausschusses für die Verwaltung der städtischen Betriebe wurde von dem Vorsitzenden des Ausschusses in entscheidender Weise gegen die Verabschiedung des Beschlusses über die Neuorganisation der Betriebsverwaltung und die entsprechende Erhöhung der Betriebsverpflichtung geschlossen.

Als Vertreter des St. 1. waren Gehm, Dr. Jahn, Dr. Eichert und Professor Wislizenus anwesend und wurde von ihnen versucht, die Maßnahmen des Ausschusses zu verteidigen.

Nach Abschluß der Beschlüsse der Sitzung am 1. August, nachmittags 2 Uhr, zu einer Sitzung zusammenberufen, in der zu der fraglichen Verordnungsstellung angenommen werden soll.

Die am 25. Juni abgehaltene Sitzung des Ausschusses für die Verwaltung der städtischen Betriebe wurde von dem Vorsitzenden des Ausschusses in entscheidender Weise gegen die Verabschiedung des Beschlusses über die Neuorganisation der Betriebsverwaltung und die entsprechende Erhöhung der Betriebsverpflichtung geschlossen.

Als Vertreter des St. 1. waren Gehm, Dr. Jahn, Dr. Eichert und Professor Wislizenus anwesend und wurde von ihnen versucht, die Maßnahmen des Ausschusses zu verteidigen.

Nach Abschluß der Beschlüsse der Sitzung am 1. August, nachmittags 2 Uhr, zu einer Sitzung zusammenberufen, in der zu der fraglichen Verordnungsstellung angenommen werden soll.

Die am 25. Juni abgehaltene Sitzung des Ausschusses für die Verwaltung der städtischen Betriebe wurde von dem Vorsitzenden des Ausschusses in entscheidender Weise gegen die Verabschiedung des Beschlusses über die Neuorganisation der Betriebsverwaltung und die entsprechende Erhöhung der Betriebsverpflichtung geschlossen.

Als Vertreter des St. 1. waren Gehm, Dr. Jahn, Dr. Eichert und Professor Wislizenus anwesend und wurde von ihnen versucht, die Maßnahmen des Ausschusses zu verteidigen.

Nach Abschluß der Beschlüsse der Sitzung am 1. August, nachmittags 2 Uhr, zu einer Sitzung zusammenberufen, in der zu der fraglichen Verordnungsstellung angenommen werden soll.

## Heutiger Devisenstand in Danzig.

Dollars	(Kurs 100) 2,90	am Vortage 2,90
Engl. Pfund	7,70	7,70
Frank. Franken	7,70	7,70
Schwed. Kronen	7,70	7,70

## Waffenhandlungsrichtlinien am 26. Juli 1921.

	geliefert	bestellt	geliefert	bestellt	
Jawischon	0,55	0,52	Dieder	0,10	0,10
Worischon	0,94	0,67	Dreyson	0,12	0,12
Wlod	0,47	0,47	Einlage	3,80	3,80
Thorn	0,18	0,13	Schlesensberg	3,50	3,50
Jordan	0,05	0,10	Schönan D. D.	0,04	0,04
Calin	0,02	0,06	Salzberg G. D.	4,56	4,56
Gum	0,08	0,06	Neupflasterbuch	2,02	2,02
Kurzbrack	0,53	0,48	Wolfsdorf	—	—
Wortensdorf	0,01	0,07	Wortensdorf	—	—

in Ostpreußen und Danzig von J. Schlu u. Co. Danzig, Verantwortlich für Politik Dr. H. H. H. in Danzig, für den Danziger Nachrichten und die Unterhaltungsbeilage Dr. H. H. H. beide in Danzig, für die Interests Dr. H. H. H. in Danzig.

**Aus den Gerichtssälen.**

**Frei gelassen vom Schiff.** Das Schöffengericht hat sich oft mit Diebstählen an Kisten auf den Schiffen zu beschäftigen. Wenn die Angeklagten aus dem Schiff gute Waren stehlen und dann behaupten, es handle sich nur um Fregel, das sie beim Auslegen des Schiffes genommen, so wird diese Ausrede nicht beachtet. Wer es wagt auch vor, daß sich in diesem Fregel noch brauchbare Stoffe befinden, die mitgenommen werden. Ein Steuermann hatte sich vor dem Schöffengericht wegen Diebstahls zu verantworten. Er fand im letzten Schiff zwei Stücken Leder, im Wert von 80 Mark, die er an sich nahm. Er behauptete, daß das Schiff für diese Stücke keine Verwendung mehr hatte und er sie deshalb an sich genommen habe. Er hätte sie auch über Bord werfen können. Das Gericht war jedoch der Ansicht, daß der Steuermann das Leder hätte melden müssen und verurteilte ihn wegen Diebstahls zu einem Tag Gefängnis.

**Das Verhältnis und Suppelei.** Bei einem Großhandelskäufer in Danzig wohnte ein Mädchen, das monatlich 400 Mark für 2 Zimmer und Beköstigung zahlte. Dieses Mädchen hatte einen Herrn, der sie durchließ und besuchte. Die Wirtsleute sahen sich dann aber veranlaßt, dem Mädchen die Wohnung zu kündigen und beim Zuzuge kam es zu einem Zusammenstoß. Das Mädchen hatte nun den Vermieter, die Wirtsleute wegen Suppelei angezeigt. Sie beschuldigte sich selber, daß sie mit ihrem Herrn unerbittlichen Verkehr gehabt habe und daß hätte die Wirtsleute wissen müssen. Vor dem Schöffengericht wußten sie sich nun wegen Suppelei zu verantworten. Das Gericht erkannte auf Freisprechung, da hier weder gewohnheitsmäßig noch aus Eigenmuth gehandelt wurde. Es sei eine ungewohnte Miethse verlangt worden.

**Veranstaltungs-Anzeiger**

**Berlin Arbeiterjugend Danzig.**  
 Heute, Dienstag, abends 7 Uhr im Heim: Übungsabend zum Sommerfest der Partei.  
 Mittwoch, den 27. Juli, abends 7 Uhr, im Heim: Vortrag des Gen. Karschewski: Jugend und Gewerkschaft. An diesem Abend werden die letzten Anmeldungen mit 8 Mark beim Jugendgenossen Springel zur Fahrt nach Kahlbude vom 6. bis 7. August angenommen.  
 Donnerstag, im Heim: Generalprobe.  
**Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt.**  
 Mittwoch, den 27. Juli, abends 6 1/2 Uhr, in der Aula der Mittelschule, Heilige Geistgasse 111: Vertrauensmännerversammlung. Referent: Gen. Oehl: Vortrag über die Danziger polnische Zollgrenze.  
 Mittwoch, den 27. Juli, nachmittags 5 Uhr: Vorstandssitzung im Parteibureau, 4. Damm 7, 8 Tr.  
**Kinderspiel.**  
 Am Mittwoch, den 27. Juli, findet ein Ausflug nach Gumbke statt. Es wird in diesen Ferien der letzte Ausflug der Frauenkommission ist, werden unsere kleinen Freundinnen und Freunde aufgezogen, recht zahlreich zu erscheinen. Umbruch 2 Uhr von Kränzen los.  
**K. V. D. Odra.**  
 Der Vorstand der K. V. D. Odra am Mittwoch, abends 6 1/2 Uhr in der Odra, Heilige Geistgasse 111 geboten.

**Kleine Nachrichten.**

**Keine Valutaentschädigungen aus Reichsmitteln.** Ein Teil der Presse brachte im Anschluß an einen Bericht über die Gründung einer Vereinigung zwecks Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen der geschädigten Deutschen in Polen die Nachricht, die Regierung habe sich bereit erklärt, zunächst ohne Rücksicht auf die Ergebnisse der Verhandlungen mit den Ländern, einer Valutaentschädigung aus Reichsmitteln näher zu treten. Ein maßgebender Stelle ist von einer derartigen Bereitschaft nichts bekannt. Die Reichsregierung hat nicht die Absicht, Valutaentschädigungen aus Reichsmitteln zu zahlen, sie steht vielmehr auf dem Standpunkt, daß das vor der Ratifikation des Friedensvertrages erlassene polnische Währungsgebot einen unzulässigen Eingriff in die deutsche Staatshoheit enthält und daher von der Reichsregierung nicht anerkannt werden kann.

**Eine Einigung im Buchdruckgewerbe.** Durch erneute Verhandlungen unter dem Vorsitz des Regierungsrates Brahm vom Reichsarbeitsministerium ist eine Einigung für das Buchdruckgewerbe erzielt worden.

**Banditenüberfall im Eisenbahngewerbe.** Drei maskierte Banditen haben in der letzten Nacht die Reisenden eines Wagens erster Klasse in dem Zuge Paris-Marseille zwischen den Bahnhöfen Beaune und Chagny ausgeplündert. Ein Schüler des Polytechnikums wurde bei dem Vorfall, sich zu verteidigen, von den Angreifern getötet. Die Banditen legten die Notbremse in Bewegung, verließen den Zug und entkamen.

**Willkürliche Behauptungen.**

**Ausgabe von Milchkarten für Schwangere.**  
 Von Mittwoch, den 27. Juli ab, so, ab erfolgt die Ausgabe der neuen Milchkarten für Schwangere Frauen für die Monate August, September und Oktober.  
 Für Danzig erfolgt die Ausgabe in der Weibenhäuser, Flügel B, Eingang Poggenpfehl, 1. Obergesch., Zimmer 18.  
 Für die Bewohner der Vororte findet die Ausgabe in den Nahrungskartenzweigstellen Langfuhr, Neufahrwasser und Heubude statt.  
 Die Ausständigung der Milchkarte erfolgt nur gegen Vorlage der Nahrungshauptkarte.  
 Ausgabezeit in sämtlichen Stellen von 7 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags.  
 Danzig, den 25. Juli 1921. (4723)  
 Der Senat.  
 Städt. Ernährungsamt.

**Hüte**  
 für Damen und Herren  
 werden in unserer Manufaktur nach neuesten Formen bei sorgfältigster Ausführung in kürzester Zeit  
**umgepreßt,**  
 gewaschen und gefärbt.  
**Stroh- und Filzhut-Fabrik**  
**Hut-Bazar zum Strauß**  
 Annahmestelle  
 an der Lawendelgasse Nr. 6-7.  
 (gegenüber der Markthalle).

**JUGEND**  
 ILLUSTRIERTE WOCHENSCHRIFT  
 FÜR KUNST UND LEBEN  
 VERLAG DER „JUGEND“ MÜNCHEN



**Langfuhr.**  
 Mit dem heutigen Tage verlegen wir unsere Zeitungsabhol- u. Beschwerdestelle von Marienstraße 28 nach  
**Neuschottland 7 b bei Herrn Thiehn.**  
 Danzig, den 25. Juli 1921.  
**Expedition Danziger Volksstimme.**

**Kleine Anzeigen**

In unserer Zeitung sind billig und erfolgreich.

**Danziger Glossen**  
 Heft 1 . . . . . Mk. 1.50  
 Heft 2 „Der Arbeit“ . . . . . 2.50  
 Heft 3 . . . . . „ 1.50  
 zu haben in der  
**Buchhandlung Volkswacht**  
 Am Spendhaus 6 und Paradiesgasse 32.

**Wichtig!**  
**Geruche, Hautkrankheiten**  
 trotz hoher Stelierung verkauft noch billigt (4691)  
**Hugo Bröde,**  
 Wilsbbl. Graben 16.  
 Reparaturen an Hauterkrankungen usw.  
**Beit. Herrenkleider**  
 große, schlanke Figur, zu verkaufen.  
 Thiersgasse 57, 2 Tr.  
**Wichtig für Ihre Zukunft!**  
**Metrologie!**  
 gibt Aufschluß über Charakter, Lebensschicksale etc.  
 W. de Gawa, Vorstadt, Graben 31, I. Et.

**Wir empfehlen folgende Kleine Flugschriften der Monistischen Bibliothek:**

Das Wesen des Monismus . . . . .	1.20
Monismus und Religion . . . . .	1.20
Die freie Wahrheit . . . . .	1.20
Religionsunterricht oder Morallehrbuch? . . . . .	1.20
Monismus und Klerikalismus . . . . .	1.20
Die Entwicklung der Erde . . . . .	1.20
Der Mensch und das Weltall . . . . .	1.20
Ueberblick über die Geschichte der Abstammung im Kampfe mit der Schöpfungsgeschichte . . . . .	1.20
Die Abstammungslehre . . . . .	1.20
Der Bau des Menschen als Zeugnis für seine Vergangenheit . . . . .	1.20
Der Ursprung des Lebens . . . . .	1.20
Die Entwicklung von Pflanze und Tier . . . . .	1.20
Lebensbeherrschung . . . . .	1.20
Dualistische und monistische Weltanschauung . . . . .	1.20
Wahlzeugung . . . . .	2.40
Anfänge des Glaubens und heidnische Grundlagen des Christentums . . . . .	1.20
Kann der Monismus eine Religion genannt werden? . . . . .	2.40
Wann es keinen Gott gibt, was dann? . . . . .	1.20

**Buchhandlung Volkswacht**  
 Am Spendhaus 6 und Paradiesgasse 32.

**Gedania-Theater**  
 Schöndamm 52/55 (4720)  
 Achtung! Ab heute! 3 Schiager!  
**Landstrasse und Grossstadt**  
 (Musikanten des Lebens)  
 Ein legendäres Schauspiel in 4 Akten. (Opernintendant)  
 Carola Tostle, Erik Kärner, Camad Voss.  
**Die Haldentoten des Detektivs Sexton Larkin**  
 Großer Detektiv-Sensations-Film in 1 Vorakt und 3 Akten.  
 Amerikanische Künstler.  
**Winpogg der Trapper**  
 Wild-West-Drama in 2 Akten.

**Küchenmöbel**  
 wegen Aufgabe des Geschäfts zu bedeutend herabgesetzten Preisen verkauft (4719)  
**Wisniewski, Löffergasse 14, part.**

Sind **Lungenleiden** Tuberkulose heilbar?  
 Verf. Sie kostenl. Sen.-Rat Dr. Walec's ausführl. Druckschrift hierüber  
 Dr. Gebhard & Co., Berlin W 35, Potsdamer Straße 104 c. (3435)

**Buchdruckerei Volkswacht, J. Gehl & Co., Am Spendhaus 6**

Sämtliche  
**Geschäfts- und Familien-DRUCKSACHEN**  
 Massenaufgaben in Rotationsdruck  
 in kürzester Frist

**Buchhandlungen: Am Spendhaus 6 und Paradiesgasse 32**